



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

II-10345 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

1. Juli 1993

Zl. 353.110/75-I/6/93

Herrn
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

4687 /AB

1993 -07- 01

zu 4432 /J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Haider und Kollegen haben am 30. April 1993 unter der Nr. 4732/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend EG-Werbekampagne gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Nachdem der Informationsoffensive der Bundesregierung, wie in der Einleitung ausgeführt, offensichtlich der Erfolg verwehrt blieb und ebenso der geänderte Kurs der EG-Kampagne der Bundesregierung bislang wenig Verbesserungen in Form einer ausreichend ausgewogenen Information zeitigte, kann die Aussage des Bundeskanzlers in der parlamentarischen Anfragebeantwortung 4044/AB vom 12.3.1993, wonach 'die Informationsoffensive der Bundesregierung in umfassender Weise für alle Lebensbereiche die Chancen und Risiken aufzeigt, die sich an einen EG-Beitritt knüpfen', wohl nicht länger aufrecht erhalten werden.
Wäre es deshalb, Ihrer Auffassung nach, nicht sinnvoller, wenn auch die Parteien oder andere Organisationen, die sich kritisch mit einem EG-Beitritt auseinandersetzen, gesondert Gelder für ihre Informationszwecke zur Verfügung gestellt bekämen?
a) Wenn nein, warum bleiben Sie bei Ihrer ablehnenden Haltung?"

- 2 -

2. Wäre es, Ihrer Meinung nach, nicht denkbar, daß in Österreich, wenn schon keine direkte finanzielle Unterstützung für EG-kritischere Organisationen in Betracht kommt, diesen Organisationen (oder zumindest den politischen Parteien), ähnlich wie in Dänemark, öffentliche Auftritte (im Rundfunk oder Fernsehen etc.) etwa aus dem EG-Werbebudget der Bundesregierung, ermöglicht werden?
 - a) Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?
3. Warum nimmt die Bundesregierung, Ihrer Auffassung nach, die EG-Information gleichsam als Monopol für sich in Anspruch?
 - a) Wäre eine dezentralisierte, i.S. einer bürgernahen und von den verschiedensten Parteien, Organisationen und Gruppen getragene, EG-Informationsarbeit für eine objektive Meinungsbildung in der Bevölkerung nicht zielführender?
 - b) Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
 - c) Glauben Sie nicht auch, daß die österreichische Bevölkerung reif genug ist, daß sie nach Darlegung der diversen pro- und contra-EG-Argumente und von den verschiedensten Seiten, Institutionen oder Organisationen präsentiert, am ehesten zu einer sachdienlichen Entscheidung kommen könnte?
 - d) Wenn ja, warum weigert sich die Bundesregierung strikt gegen eine Zuerkennung von Budgetmitteln für kritische 'EG-Informationsvermittler'.
4. Wie ist es, Ihrer Meinung nach, zu rechtfertigen, daß zwar, wie in der zitierten Anfragebeantwortung, 'zahlreiche Gruppen und Organisationen', unter denen 'sich auch solche befinden, die die Gegnerschaft zu einem EG-Beitritt auf ihre Fahnen geschrieben haben', vielfältige Förderungen erhalten, aber politische (Oppositions)Parteien, die einen wesentlichen Aufklärungs- und Willensbildungsauftrag haben, von finanziellen Zuwendungen aus dem EG-Werbebudget, welches derzeit nur der Bundesregierung zukommt, ausgespart bleiben?"

Einleitend ist unter Hinweis auf die in der gegenständlichen parlamentarischen Anfrage Bezug genommene Anfragebeantwortung 4044/AB vom 12. März 1993 noch einmal mit Nachdruck festzuhalten, daß die von der Bundesregierung geführte Informationsinitiative in umfassender Weise die Chancen und Risiken für alle Lebensbereiche aufzeigt, die sich an einen EG-Beitritt knüpfen. Die parallel dazu geführte Werbeinitiative soll die Österreicherinnen und Österreicher dafür gewinnen, sich mit den verfügbaren Informationen auseinanderzusetzen.

Die einzelnen Fragen beantworte ich wie folgt:

- 3 -

Zu Frage 1:

Von einer bisher fehlgeleiteten "Informationsoffensive" der Bundesregierung kann keine Rede sein. Im Zeitraum von März 1992 bis März 1993 wurden beim Europatelefon der Bundesregierung ca. 65.000 Anfragen fernmündlich abgewickelt. Darüber hinaus wurden auf Anfrage ca. 400.000 Stück Informationsbroschüren der Bundesregierung versandt bzw. abgegeben. Die diesbezüglich geführte Werbe- und PR-Initiative hat also durchaus das interessierte Publikum erreicht.

Angesichts der Tatsache, daß mit einem Budget von 43 Millionen Schilling im Jahr 1992 (BVA: 7284/001 und 4035/001) und 47,85 Millionen Schilling im Jahr 1993 (BVA: 7284/001 und 4035/001) die Kosten

- für Werbung betreffend die Europa-Information
- für Informationsmaterial wie z.B. "Das Buch", zahlreiche Broschüren, Diskette "Europa in Sicht" etc. sowie mit ca. 1 Million Schilling im Jahr 1992 die Kosten
- für das Europatelefon

abgedeckt werden, sind darüber hinaus die dafür aufgewendeten Mittel effizient eingesetzt worden, zumal sich diese im Vergleich zu den von privaten Unternehmungen zur Produktinformation eingesetzten finanziellen Mittel eher bescheiden ausnehmen.

Zudem ist die Bundesregierung bemüht, ihre Informationsinitiative vor dem Hintergrund der bisher gemachten Erfahrungen ständig zu verbessern, objektiv sachbezogen zu gestalten und Chancen und Risiken eines EG-Beitritts, also auch EG-kritische Aspekte, aufzuzeigen.

Vor diesem Hintergrund sehe ich keine Veranlassung, von meiner, in der zitierten parlamentarischen Anfragebeantwortung vertretenen Auffassung abzurücken.

Zu Frage 2:

Die Bundesregierung ist bestrebt, eine ausgewogene Information über den EG-Beitritt anzubieten. Deshalb werden im Rahmen

- 4 -

der Förderung von EG-Information Organisationen gefördert, die in ausgewogener Weise die Chancen und Risiken eines EG-Beitritts in ihrer Tätigkeit berücksichtigen. Die Finanzierung von Werbezeiten ist aus budgetären Gründen aber nicht möglich.

Zu Frage 3:

Die Bundesregierung hat sich nach Abwägung aller Vor- und Nachteile den EG-Beitritt Österreichs zum Ziel gesetzt. Die logische Konsequenz dessen ist es, daß sie sich in ihren politischen Äußerungen einerseits dazu bekennt und natürlich andererseits die Vorteile dieses Schritts im Rahmen ihrer politischen Überzeugungsarbeit zum Schwerpunkt setzt.

In ihrer Informationsarbeit legt die Bundesregierung jedoch, wie oben bereits ausgeführt, größten Wert auf die Ausgewogenheit der Information. Die Bundesregierung begrüßt jede darüber hinausgehende EG-Informationsarbeit, die ebenfalls eine objektive Meinungsbildung in der Bevölkerung ermöglicht.

So leisteten schon bisher neben der Bundesregierung sowohl die Interessensvertretungen als auch Parteien und andere Gruppen EG-Informationsarbeit, weshalb von einem Informationsmonopol der Bundesregierung keine Rede sein kann.

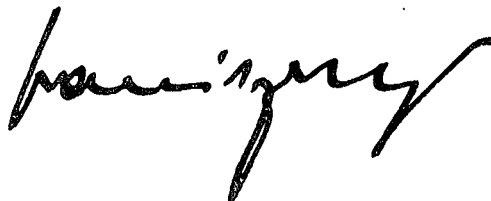
Im Rahmen der EG-Informationsarbeit ist selbstverständlich auch die Bundesregierung um Bürgernähe bemüht. In diesem Zusammenhang darf noch einmal auf das Europatelefon der Bundesregierung hingewiesen werden, das von überall in Österreich zum Ortstarif für Anfragen und Informationen zur Verfügung steht.

Darüber hinaus ist es EG-kritischen Organisationen und Parteien selbstverständlich unbenommen, sich noch stärker als bisher sowohl an der Informationsarbeit als auch an den politischen Auseinandersetzungen um den EG-Beitritt Österreichs zu beteiligen.

- 5 -

Zu Frage 4:

Politische Parteien haben in der Tat einen wesentlichen Aufklärungs- und Willensbildungsauftrag. In Österreich erhalten deshalb die Parteien im Wege der Parteienförderung finanzielle Mittel, um ihre Standpunkte öffentlich klar machen zu können. Die Höhe dieser Mittel ist gesetzlich festgelegt. Von einer, wie in der Anfrage behaupteten, Aussparung der Förderung von politischen Parteien kann keine Rede sein, da die Verwendung dieser Mittel keiner Zweckbindung unterliegt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kainz', is written in a cursive style.